



*in den Landtagen, im Deutschen Bundestag und im Europaparlament*

## **Beschluss der Fraktionsvorsitzenden der FDP in den Ländern**

**vom 17.08.2011**

**(Wiesbaden/Berlin)**

### **FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz lehnt Eurobonds strikt ab und fordert strenge Haushaltsregeln für Eurozone**

Die FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz lehnt die Einführung von sogenannten Eurobonds, die derzeit zwischen den EU-Staaten diskutiert wird, strikt ab.

- Ein einheitliches Zinsniveau würde das Risiko in unangemessener Weise auf volkswirtschaftlich starke Staaten verteilen, ohne dass ausreichende finanzpolitische Regeln für die betroffenen Staaten aufgestellt wurden.
- Eine zusätzliche Belastung des Bundeshaushaltes, die Schätzungen zufolge bei 40 Milliarden Euro liegen könnte, ist nicht tragbar.
- Nach den Verträgen der Europäischen Union sind Eurobonds auch rechtlich nicht zulässig.
- Eine verantwortungsvolle EU-Finanzpolitik braucht verlässliche Regeln, nach denen auch verschuldete Staaten den Weg zu einer soliden Haushalts- und Wirtschaftspolitik in den Mitgliedsstaaten beschreiten müssen.
- Allein wirksames Sparen und Konsolidieren sind glaubwürdige Programme, um die Märkte langfristig zu beruhigen und wieder zu stabilisieren.
- Ebenso lehnt die FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz die Einführung eines EU-Finanzministeriums ab. Damit würde im ohnehin bürokratiereichen Europa zusätzliche Bürokratie aufgebaut und kein einziger Euro Schulden abgebaut. Ein solches Ministerium hätte keine Kompetenzen, sondern würde allein weitere Kosten verursachen. Das kann sich Europa nicht leisten.